Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1922.

Mr. 25.

Inhalt: Geset zur Bestätigung firchengesellicher Vorschriften ber evangelischen Landeskirchen zur vollen Ausnuhung bes kirchlichen gebühren, S. 155. — Geset, betreffend die vorläufige Regelung der kommunalen Arhältnisse ber Kreise Merzig und St. Wendel, S. 156.

(Mr. 12300.) Gesetz zur Bestätigung kirchengesetzlicher Vorschriften ber evangelischen Laubeskirchen zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 3. Juni 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

\$ 1.

Es werben, soweit ersorderlich, staatsgesetzlich bestätigt die anliegenden, zur vollen Ausnutzung des firchlichen Bermögens für die Bedürsnisse der Pfarrbesoldung ergangenen kirchengesetzlichen Borschriften:

1. die Notverordnung für die evangelische Landesfirche der älteren Provinzen vom 20. Januar 1922;

2. die Notverordnung für die evangelisch-lutherische Landeskirche der Provinz Hannover vom 16. Januar 1922;

3. das Kirchengesetz für die evangelisch-lutherische Landeskirche der Provinz Schleswig-Holstein vom 9. Januar 1922;

4. die Notverordnung für die evangelische Kirche in Heffen vom 4. Februar 1922;

5. das Kirchengesch für die evangelische Kirche des Konsistorialbezirkes Wiesbaden vom 4. Februar 1922;

6. die Notverordnung für die evangelisch-reformierte Kirche der Provinz Hannover vom 4. Kebruar 1922.

\$ 2.

Soweit diese kirchengesetzlichen Vorschriften in wohlerworbene Nechte eingreifen, erlangen sie Rechtswirksamkeit erst vom 1. April 1922 ab.

§ 3.

Dieses Geset tritt mit bem Tage ber Berkundung in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit vertündet. Die versassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 3. Juni 1922.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium. Braun. Boelib.

Gesehsammlung 1922. (Nr. 12300—12302.) Ausgegeben zu Berlin den 24. Juni 1922.

Notverordnung

zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 20. Januar 1922.

Auf Grund des § 34° der Generalspnodalordnung vom 20. Januar 1876 (Gesetsfamml. S. 8) wird, nachdem der Generalspnodalvorstand sowohl die Unaufschiedlichkeit anerkannt als auch dem Inhalte dieses Erlasses zugestimmt hat, dis zur demnächstigen gesetzlichen Gesamtregelung des Pfarrerversorgungswesens für die zum preußischen Staatsgebiete gehörigen Teile der evangelischen Landestirche der älteren Provinzen vervordnet, was solgt:

Artifel I.

§ 1.

Aus den Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit sind zunächst diesenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sazungen der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stelleneinkommens bisher oblagen. Danach sind bei den in der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen aus den Vermögenserträgen die im § 11 Abs. 3 Sat 1 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen bis zur Höhe dessenigen laufenden Betrages zu bestreiten, der bis zum Rechnungsjahre 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Bermögenserträge sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ab ausschließlich zur Ausbesserung des dem Stelleninhaber bisher gesetzlich zustehenden Pfründen-, Regulativ- oder Dienstein-kommens (einschließlich von Zuschüssen gemäß §§ 3, 4 des Pfarrbefoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sowie von Mietentschädigungen) bis auf ein solches Einkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach den jeweils geltenden Grundsätzen für die landeskirchliche Abergangsversorgung des Pfarrerstandes erreichen soll.

§ 2.

Soweit die Exträge des Pfarrstellenvermögens für diese Ausbesserung nicht ausreichen, sind aushilfs-weise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Exträge des örtlichen Kirchenvermögens heranzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der disherigen Kirchenlasten verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Ausbesserung verpslichtet. Dies gilt auch zugunsten solcher Geistlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alterszulagekasse versichert ist oder die sich gemäß § 12 des Pfarrbessoldungsgesetzte vom 26. Mai 1909 einen Rießbrauch am Stellenvermögen vorbehalten haben.

Für die unter einem Pfarramt vereinigten Gemeinden findet hinfichtlich der Heranziehung ihrer Kirchenvermögen § 11 Abs. 4 des Pfarrbefoldungsgesetzte vom 26. Mai 1909 entsprechende Anwendung.

8 3.

Die Aufbesserung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres zahlbarer Zuschüsse zu geschehen, deren Festsehung mit kirchenaufsichtlicher Genehmigung dem Gemeindekirchenrat obliegt.

In allen Fällen kann das Konsistorium unter Mitwirkung des Provinzialspnodalvorstandes nach Anhörung der Kirchengemeinde und des Kreisspnodalvorstandes anordnen, daß ein solcher Zuschuß bis auf weiteres geleistet werde.

Diese Zuschäffe stellen gesetzliche, aus dem firchlichen Vermögen, gegebenenfalls durch die Kirchengemeinde zu bestreitende Leistungen dar.

§ 4.

Eine Verwendung der bezeichneten Erträge des Kirchenvermögens zur Verminderung bisher erhobener Kirchensteuern unter deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Vetrag ist erst nach Erfüllung der Zuschußpsticht aus § 2 zulässig.

§ 5.

Kirchengemeinden, die bei Unzulänglichkeit des Pfarr ober Kirchenvermögens zwecks Bereitstellung von Zuschäffen im Sinne des § 3 ihre Kirchensteuerbelastung über deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Umfang hinaus erhöhen, erhalten diese Erhöhung auf die bevorstehende Erhöhung der landessfirchlichen Umlagen angerechnet.

Artifel II.

§ 1.

Soweit die für das Nechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des Pfarrstellenvermögens den Deckungsbedarf nach Artikel I § 1 übersteigen, sind sie zu einem Drittel dei der beteiligten Pfarrstelle als Rücklage anzusammeln. Zu einem weiteren Drittel dieses Überschusses sind sie der beteiligten Kirchengemeinde für allgemeine örtliche kirchliche Bedürfnisse zu überweisen, während das letzte Drittel an den landeskirchlichen Hilfskonds zwecks Unterstützung leistungsunfähiger Pfarrstellen und Gemeinden bei Aufbringung ihrer Pfarrbesoldungslasten abzuführen ist.

\$ 2.

Die Festsetzung dieser Beträge erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers, der Kirchengemeinde und des Kreissynodalvorstandes. Wegen der Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramte vereinigter Gemeinden sindet § 11 Abs. 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sinngemäße Anwendung.

§ 3.

Soweit die Erträge eines gemäß § 12 des Pfarrbesolbungsgesetzes vom 26. Mai 1909 dem Stelleninhaber überlassenen Nießbrauchs, nach Abzug des Abernahmepreises und etwaiger Werbungskosten unter Jurechnung der sonstigen Dienstbezüge den Deckungsbedarf im Sinne des Artikel I § 1 übersteigen, unterfallen sie gleichfalls der Abgabepflicht nach § 1.

§ 4.

Die im § 15 Abs. 3 bis 5 der Ruhegehaltsordnung vom 26. Mai 1909 vorgesehenen Leistungen bleiben seit dem 1. April 1920 außer Hebung.

Artifel III.

§ 1.

Unbesetzte ober freiwerbende Pfarrstellen bürfen erst wieder besetzt werden, nachdem der Evangelische Oberkirchenrat ausdrücklich anerkannt hat, daß sie für die pfarramtliche Versorgung des beteiligten Pfarrbezirkes unentbehrlich sind. Die Versagung dieses Anerkenntnisses bedarf der Zustimmung des Generalsynodalvorstandes.

\$ 2.

Die Geistlichen sind verpslichtet, sich Zuweisungen benachbarter Pfarrbezirke ober der Amtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Kirchengemeinde ohne besondere Vergütungen gefallen zu lassen. Bei dauernden Zuweisungen kann ihnen innerhalb ihres bisherigen oder entsprechend erweiterten Pfarrbezirkes ein anderer geeigneter Amtssitz angewiesen werden, sofern die Verlegung im Interesse einer günstigeren Verwaltung des neuen Pfarrbezirkes notwendig ist.

\$ 3.

Das Einkommen unbesetzter Pfarrstellen ift nach Bestreitung der ihren obliegenden gesetzlichen Leistungen in erster Linie zur Besoldung etwaiger Pfarrhilfs- oder ersatztäfte, sodann zur Deckung der für die Berrichtung der Pfarramtsgeschäfte neu erforderlich werdenden Fuhrkosten und danach zur Ausbesserung der Besoldung des das erledigte Pfarramt bzw. die erledigte Pfarrstelle verwaltenden Geistlichen gemäß Artikel I zu verwenden. Nach den gleichen Grundsähen ist dei Parochialregelungen zwecks Aushebung oder dauernder Berbindung von Pfarrstellen zu verfahren, mit der Maßgabe, daß letzteren Falles die nach Deckung der Kosten etwaiger Pfarrhilfs- oder ersatzte sowie etwaiger Fuhrkosten verbleibenden Einkommensteile das gemeinsame Stelleneinkommen zu bilden haben.

Der Reinerlös aus der Nugung der Pfarrhaus, und Gartengrundstücke unbesetzt bleibender Pfarrstellen fällt der Kirchenkasse der beteiligten Gemeinde zu und ist in erster Linie für die Sicherung der Pfarrbaulast zu verwenden.

Artifel IV.

Die zur Ausführung dieser Berordnung erforderlichen Borschriften werden durch den Evangelischen Oberkirchenrat unter Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes erlassen.

Artifel V.

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkundung in Kraft. Charlottenburg, am 20. Januar 1922.

Der Evangelische Landeskirchenausschuß.

Anlage 2.

Notverordnung

zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 16. Januar 1922.

Auf Grund des § 26 des Kirchengesetzes, betreffend versassungsrechtliche Bestimmungen für die evangelischlutherische Landeskirche der Provinz Hannover, vom 31. Dezember 1920 (Kirchl. Amtebl. 1921 S. 61) wird, nachdem der ständige Ausschuß der Landesspnode sowohl die Unaufschiedbarkeit anerkannt als auch dem Inbalte dieser Notverordnung zugestimmt hat, dis zur denmächstigen gesetzlichen Gesamtregelung des Pfarrversorgungswesens für die evangelisch-lutherische Landeskirche der Provinz Hannover verordnet, was solgt:

Artifel I.

§ 1.

Aus ben Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit sind zunächst diesenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sahungen der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stelleneinkommens bisher oblagen. Danach sind bei den in der Alterszulagekasse vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen bis zur Höhe dessenigen laufenden Betrags zu bestreiten, der dis zum Rechnungsjahr 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Vermögenserträge sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ab ausschließlich zur Aufbesserung des dem Stelleninhaber bisher gesehlich zustehenden Pfründen-, Regulativ- oder Diensteinkommens (einschließlich von Zuschüssen gemäß §§ 3, 4 des Pfarrbesolbungsgesetzes vom 26. Mai 1909 jowie von Mietentschädigungen) bis auf ein solches Sinkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach den jeweils geltenden Grundsähen für die landeskirchliche übergangsversorgung des Pfarrerstandes erreichen soll.

§ 2.

Die Kirchenvorstände sind zur vollen Ausnuhung des firchlichen Bermögens für die Bedürfniffe ber

Pfarrbesoldung verpflichtet.

Soweit die Erträge des Pfarrstellenvermögens für die Aufbesserung nach § 1 Abs. 2 nicht ausreichen, sind aushilfsweise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des örtlichen Kirchenvermögens heranzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der bisherigen Kirchenlasten verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Ausbesserung verpstichtet. Dies gilt auch zugunsten solcher Geistlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alterszulagekasse versichert ist.

Für die unter einem Pfarramt vereinigten Gemeinden findet hinsichtlich der Beitragsleiftungen § 11

Abf. 8 bes Pfarrbefolbungsgesetes vom 26. Mai 1909 entsprechende Unwendung.

§ 3.

Die Aufbefferung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres zahlbarer Suschuffe zu gefcheben, beren Kestsehung mit firchenaufsichtlicher Genehmigung tem Kirchenvorstand obliegt.

In allen Fällen kann bas Konfiftvrium nach Unhörung bes Kirchenvorftandes und bes Bezirkssynodal-

ausschuffes anordnen, daß ein folcher Suschuß bis auf weiteres geleiftet werbe.

Diefe Buschüffe ftellen gesetzliche Leiftungen bar.

\$ 4.

Eine Berwendung ber bezeichneten Erträge bes Kirchenbermögens zur Berminderung bisber erhobener Kirchensteuern unter beren für bas Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Betrag ift erft nach Erfüllung ber Suschufpflicht aus § 2 zulässig. Artifel II. Westerlichen auf der gegente

\$ 1. Coweit die fur bas Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenten Erträge bes Pfarrstellenvermogens den Deckungsbedarf nach Artifel I § 1 überfteigen, find fie zu einem Drittel bei ber beteiligten Pfarrftelle als Rücklage anzusammeln. Bu einem weiteren Drittel Diefes Uberschuffes find fie ber beteiligten Rirchengemeinde für örtliche firchliche Bedürfniffe ju überweisen, mabrend bas lette Drittel an den landesfirchlichen Befoldungsfonds zwecks Unterftutzung leiftungsunfähiger Pfarrstellen und Gemeinden bei Aufbringung ihrer Pfarrbefoldungslaften abzuführen ift.

Die Festsetzung biefer Beträge erfolgt burch bas Konfistorium nach Anhörung bes Stelleninhabers, bes Kirchenvorstandes und bes Bezirkssynodalausschusses. Wegen ber Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramte vereinigter Gemeinden findet § 11 Abf. 8 des Pfarrbefoldungsgeseiges vom 26. Mai 1909 sinngemäße Unwendung.

Artifel III.

§ 1. Unbesetzte oder freiwerdende Pfarrstellen bürfen erst wieder besetzt werden, nachdem bas Landeskonsiftorium ausbrücklich anerkannt hat, daß fie unentbehrlich find. Die Verfagung biefes Anerkennkniffes bedarf ber Zustimmung des ständigen Ausschuffes ber Landesfynode.

Die Geiftlichen find verpflichtet, fich Zuweifungen benachbarter Pfarrbegirke ober ber Umtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Rirdjengemeinde ohne besondere Bergütungen für die Mehrarbeit gefallen zu laffen.

Das Einkommen unbefetter Pfarrftellen ift nach Bestreitung ber ihnen obliegenden gesehlichen Leiftungen in erster Linie zur Befoldung etwaiger Pfarrhilfs- ober erfaufrafte, fodann zur Dedung ber für die Berrichtung der Pfarramtsgeschäfte neu erforderlich werdenden Fuhrkosten und Aufwandsentschädigungen und banach jur Aufbefferung ber Befoldung des das erledigte Pfarramt bzw. Die erledigte Pfarrstelle verwaltenben Geiftlichen gemäß Artifel I zu verwenden. Rach den gleichen Grundfägen ift bei Parvehialregelungen zweits Aufhebung oder bauernber Berbindung von Pfarrftellen zu verfahren mit ber Maßgabe, bag letteren Falles die nach Deckung der Rosten etwaiger Pfarrhilfs. oder erfatfrafte sowie etwaiger Fuhrkosten verbleibenden Ginkommensteile bas gemeinfame Stelleneinkommen zu bilben haben.

Artifel IV.

Wohlerworbene Rechte werben burch biefe Notverordnung nicht berührt.

Artifel V.

Die zur Ausführung biefer Berordnung erforderlichen Borfchriften werden burch bas Landeskonfistorium unter Mitwirtung des ständigen Ausschuffes der Landessynode erlaffen.

Artifel VI.

Diese Berordnung tritt mit bem Tage ihrer Verkundung in Rraft. Hannover, am 16. Januar 1922.

Der Evangelisch-Lutherische Landestirchenausschuß.

Kirchengesetz

zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Bermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 9. Januar 1922.

Für die evangelisch-lutherische Landeskirche der Provinz Schleswig-Holstein wird mit Zustimmung der Gesamtspnode verordnet, was folgt:

§ 1.

Aus ben Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Nechnungsjahr 1920 und die Folgezeit sind zunächst diejenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sahungen der Alterszulagekasse für evangelische Geist liche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stellenvermögens dieher oblagen.

Danach sind bei den in der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen aus den Vermögenserträgen die im § 11 Abs. 2 Sat 1 des Pfarrbesoldungsgesetztes vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen bis zur Höhe bessenigen laufenden Betrags zu bestreiten, der dis zum Rechnungssahre 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Vermögenserträge sind mit Wirkung vom I. April 1920 ab ausschließlich zur Aufbesserung des dem Stelleninhaber bisher gesetlich zustehenden Pfründen- oder Diensteinkommens (einschließlich von Juschüffen gemäß §§ 3 und 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909
sowie von Mietentschädigungen) bis auf ein solches Einkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach
den jeweils geltenden Grundsägen für die landeskirchliche Ubergangsversorgung der Geistlichen erreichen soll.

\$ 2

Soweit die Erträge bes Pfarrstellenvermögens für diese Ausbesserung nicht ausreichen, sind aushilfsweise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des örtlichen Kirchenvermögens heranzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der bisherigen Kirchenlasten verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Ausbesserung verpstichtet. Dies gilt auch zugunsten von solchen Geistlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alterszulagekasse versichert ist oder die sich gemäß § 12 des Pfarrbesoldungsgesehes vom 26. Mai 1909 einen Nießbrauch am Stellenvermögen vorbehalten haben.

Für die unter einem Pfarramt vereinigten Gemeinden findet hinsichtlich der Geranziehung ihrer Kirchen-

bermögen § 11 Abf. 3 bes Pfarrbefolbungsgesehes vom 26. Mai 1909 entsprechende Anwendung.

\$ 3

Die Aufbesserung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres zahlbarer Zuschüsse zu geschehen, deren

Festsehung mit firchenaufsichtlicher Genehmigung dem Kirchenvorstande obliegt.

In allen Fällen kann das Konsistorium unter Mitwirkung des Gesamtsynodalausschusses nach Unhörung der Kirchengemeinde und des Propsteistynodalausschusses anordnen, daß ein solcher Zuschuß bis auf weiteres geleistet werde.

Diefe Zuschüffe stellen gefehliche, aus tem firchlichen Bermogen, gegebenenfalls burch bie Kirchenge-

meinde zu bestreitende Leiftungen bar.

§ 4.

Eine Verwendung der bezeichneten Erträge des Kirchenvermögens zur Berminderung bisher erhobener Kirchensteuern unter deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Betrag ist erst nach Erfüllung der Juschuffpslicht aus § 2 zulässig.

Kirchengemeinden und Parochialverbände, die infolge Unzulänglichkeit des Pfarr- und Kirchenvermögens zur Gewährung von Zuschäffen im Sinne des § 3 ihre Kirchensteuer vom 1. April 1920 ab haben erhöhen müssen, erhalten die für diese Zuschüsse verwendeten Beträge auf die bevorstehende Erhöhung der landestirchlichen Umlagen angerechnet.

Artifel II.

§ 1. Soweit die Erträge des Pfarrstellenvermögens den Deckungsbedarf nach Artikel I § 1 übersteigen, werden sie in drei Teile geteilt. Das erste Drittel ist zwecks Unterstützung leistungsunfähiger Pfarrstellen und Ge

meinden bei Aufbringung ihrer Besoldungslaften an den bei der Gesamtspnodalkasse zu bildenden Bersorgungs. fonds abzuführen.

Das zweite Drittel behält der Pfarrstelleninhaber, mährend das lette Drittel bei den bei der Alters.

julagefaffe verficherten Pfarrstellen der Rirchengemeinde, bei den übrigen bem Stelleninhaber zufällt.

Diese Regelung tritt bei benjenigen Pfarrstellen, die bei der Alterszulagekasse versichert sind, vom 1. April 1920 ab, bei den anderen Pfarrstellen vom 1. April 1922 ab in Kraft.

8 2

Die Festsetzung dieser Beträge erfolgt durch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers, der Kirchengemeinde und des Propsteispnodalausschusses. Wegen der Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramt vereinigter Gemeinden sindet § 11 Abs. 3 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sinngemäße Anwendung.

8 3

Soweit die Erträge eines gemäß § 12 des Pfarrbefoldungsgesetzt vom 26. Mai 1909 dem Stelleninhaber überlassenen Nießbrauchs nach Abzug des Ubernahmepreises und etwaiger Werbungskosten unter Zurechnung der sonstigen Dienstbezüge den Deckungsbedarf im Sinne des Artikel I § 1 übersteigen, unterfallen sie gleichfalls der Abgabepflicht nach § 1.

8 4

Die im § 11 Abs. 3 der Ruhegehaltsordnung vom 26. Mai 1909 vorgesehenen Leistungen bleiben vom 1. April 1922 ab außer Hebung.

Artifel III.

§ 1.

Unbesetzte oder freiwerdende Pfarrstellen dürfen nicht wieder besetzt werden, wenn das Konsistorium unter Justimmung der Gesantsynode nach Anhörung der beteiligten Kirchengemeinden und des zuständigen Oropsteisynodalausschusses ausdrücklich festgestellt hat, daß diese Pfarrstellen sür die Versorgung der betreffenden Kirchengemeinden entbehrlich sind.

8 2

Die Geistlichen sind verpflichtet, sich Zuweisungen benachbarter Kirchengemeinden oder der Amtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Kirchengemeinde gefallen zu lassen. Bei dauernden Zuweisungen kann ihnen innerhalb ihrer bisherigen oder entsprechend erweiterten Gemeinde ein anderer geeigneter Amtssitz angewiesen werden, sofern die Verlegung im Interesse einer günstigeren Verwaltung der Gemeinde notwendig ist.

\$ 3

Das Einkommen unbesetzter Pfarrstellen ist nach Bestreitung der ihnen obliegenden gesehlichen Leistungen in erster Linie zur Besoldung etwaiger Pfarrhilfs, oder ersatzfräfte, sodam zur Deckung der für die Berrichtung der Umtsgeschäfte neu ersorderlich werdenden Fuhrkosten und danach zur Ansbesserung der Besoldung des die erledigte Pfarrstelle verwaltenden Geistlichen gemäß Artikel I zu verwenden. Nach den gleichen Grundsähen ist dei Parochialregelungen zwecks Ausbedung oder dauernder Berbindung von Pfarrstellen zu versahren, mit der Maßgade, daß letzteren Falles die nach Deckung der Kosten etwaiger Pfarrhilfs, oder ersatzkräfte sowie etwaiger Fuhrkosten verbleibenden Einkommensteile das gemeinsame Stelleneinkommen zu bilden haben.

Der Reinerlös aus der Nutzung der Pfarrhaus, und Gartengrundstücke unbesetzt bleibender Pfarrstellen fällt der Kirchenkasse der beteiligten Gemeinde zu und ist in erster Linie für die Sicherung der Pfarrbaulast

zu verwenden.

Artifel IV.

Die zur Ausführung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch das Konsistorium unter Mitwirkung des Gesamtspnodalausschusses exlassen.

Artifel V.

Dieses Kirchengesetzt tritt mit dem Tage seiner Berkündung in Kraft und mit dem Inkrafttreten eines Pfarrbesoldungsgesetzes, spätestens am 1. April 1924, außer Kraft.

Riel, den 9. Januar 1922.

Der Landeskirchenausschuß.

Motverordnung

zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Vedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 4. Februar 1922.

Pluf Grund des § 66 Jiffer 1 der Presbyterial- und Synodalordnung vom 16. Dezember 1885 (Gesetzfamml, 1886 S. 1) wird mit Zustimmung des Gesamtsynodalausschusses bis zur demnächstigen gesetzlichen Gesamtregelung des Pfarrversorgungswesens für die evangelische Kirche in Hessen ververdnet, was folgt:

Artifel I.

§ 1.

Aus den Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit find zunächst diejenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sahungen der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stelleneinkommens bisher oblagen. Danach sind bei den in der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen aus den Bermögenserträgen die im § 11 Abs. 2 Sah 1 des Pfarrbesoldungsgeseiges vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen dis zur Höhe dessenigen laufenden Betrags zu bestreiten, der dis zum Rechnungsjahre 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Vermögenserträge sind mit Wirkung vom 1. April 1920 ab ausschließlich zur Aufbesserung des dem Stelleninhaber bisher gesehlich zustehenden Pfründen- oder Diensteinkommens (einschließlich von Zuschüssen gemäß §§ 3, 4 des Pfarrbesoldungsgesehres vom 26. Mai 1909 sowie von Mierentschädigungen) bis auf ein solches Einkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach den jeweils gelten-

ben Grundfaben für die landesfirdliche Übergangsverforgung des Pfarrerftandes erreichen foll.

\$ 2

Soweit die Erträge des Pfarrstellenvermögens für die Ausbelserung nicht ausreichen, sind aushilfsweise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des örtlichen Kirchenvermögens berauzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der bisherigen Kirchenlasten verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Ausbesserung verpflichtet. Dies gilt auch zugunsten solcher Geistlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alterszulagekasse versichert ist.

Für die unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden findet hinsichtlich der Geranziehung ihrer Kirchen-

vermögen § 11 Abs. 4 des Pjarrbefoldungsgesehes vom 26. Mai 1909 entsprechende Unwendung.

§ 3.

Die Aufbefferung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres zahlbarer Bufchuffe zu geschehen, deren

Festsetzung mit firchenaufsichtlicher Genehmigung dem Presbyterium obliegt.

In allen Fällen kann das Konsistorium unter Mitwirkung des Gesantspnodalausschusses nach Anhörung der Kirchengemeinde und des Diözesanspnodalvorstandes anordnen, daß ein solcher Zuschuß bis auf weiteres geleistet werde.

Diese Zuschüsse stellen gesetzliche, aus dem firchlichen Bermögen, gegebenenfalls durch die Kirchen-

gemeinde zu bestreitende Leiftungen bar.

8 4.

Eine Verwendung der bezeichneten Erträge des Kirchenvermögens zur Verminderung bisher erhobener Kirchensteuern unter deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Betrag ist erst nach Erfüllung der Juschußpflicht aus § 2 zulässig.

\$ 5

Kirchengemeinden, die bei Unzulänglichkeit des Pfarr ober Kirchenvermögens zwecks Bereitstellung von Zuschüssen im Sinne des § 3 ihre Kirchensteuerbelastung über deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgeschenen Umfang hinaus erhöhen, erhalten diese Erhöhung auf die bevorstehende Erhöhung der landestirchlichen Umlagen angerechnet.

Artifel II.

\$ 1.

Soweit die für das Nechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des Pfarrstellenvermögens den Deckungsbedarf nach Artikel I § 1 übersteigen, sind sie zu einem Drittel dei der beteiligken Pfarrstelle als Nücklage anzusammeln. Zu einem weiteren Drittel dieses Aberschusses sind sie der beteiligten Kirchengemeinde für allgemeine örtliche Bedürfnisse zu überweisen, während das letze Drittel an die Gesamtschwodalkasse zwecks Unterstützung leistungsunfähiger Pfarrstellen und Gemeinden bei Aufbringung ihrer Pfarrbesoldungslasten abzuführen ist.

\$ 2

Die Festschung dieser Beträge exfolgt burch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers, ber Kirchengemeinde und des Diözesanspnodalvorstandes. Wegen der Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramte vereinigter Gemeinden findet § 11 Abs. 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sinngemäße Anwendung.

 $\S 3$

Die im § 13 Abf. 3 bis 5 der Ruhegehaltsordnung vom 26. Mai 1909 vorgesehenen Leistungen bleiben seit dem 1. April 1920 außer Hebung.

Artifel III.

§ 1.

Unbeseigte ober frei werdende Pfarrstellen bürfen nur dann wieder beseit werden, wenn zwischen bem Konsistorium und dem Gesamtspnodalausschuß Einverständnis darüber besteht, daß sie für die pfarramtliche Bersorgung des beteiligten Pfarrbezirtes unentbehrlich sind.

\$ 2

Die Geistlichen sind verpstichtet, sich Zuweisungen benachbarter Pfarrbezirke oder der Amtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Kirchengemeinde ohne besondere Vergütungen gefallen zu lassen. Bei dauernden Zuweisungen kann ihnen innerhalb ihres bisherigen oder entsprechend erweiterten Pfarrbezirkes ein anderer geeigneter Amtssitz angewiesen werden, sofern die Verlegung im Interesse einer günstigeren Verwaltung des neuen Pfarrbezirkes notwendig ist.

\$ 3

Das Einkommen unbesetzter Pfarrstellen ift nach Bestreitung der ihnen obliegenden gesetzlichen Leistungen in erster Linie zur Besoldung etwaiger Pfarrhilfs- oder ersatztäfte, sodann zur Deckung der für die Berrichtung der Pfarramtsgeschäfte neu ersorderlich werdenden Fuhrkosten und danach zur Ausbesserung der Besoldung des das erledigte Pfarramt beziehungsweise die erledigte Pfarrstelle verwaltenden Geistlichen gemäß Artikel I zu verwenden. Nach den gleichen Grundsähen ist bei Parochialregulierungen zwecks Ausbebung oder dauernder Berbindung von Pfarrstellen zu versahren, mit der Maßgabe, daß letzteren Falles die nach Deckung der Kosten etwaiger Pfarrhilfs- und ersatztäfte sowie etwaiger Fuhrkosten verbleibenden Einkommensteile das gemeinsame Stelleneinkommen zu bilden haben.

Der Reinerlös aus der Nuhung der Pfarrhaus- und gartengrundstücke unbesetht bleibender Pfarrstellen fällt der Kirchenkasse ber beteiligten Gemeinde zu und ist in erster Linie für die Sicherung der Pfarrbaulast

zu verwenden.

Artifel IV.

Die zur Ausführung dieser Berordnung erforderlichen Borschriften werden durch das Konsistorium unter Mitwirkung des Gesamtspnodalausschusses erlassen.

Artifel V.

Diese Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berkündung in Kraft. Berlin, am 4. Februar 1922.

Die mit der vorläufigen Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten Staatsminister.

Severing. v. Richter. Wendorff.

Kirchengesetz

zur vollen Ausnutzung des kirchlichen Vermögens für die Bedürfnisse der Pfarrbesoldung. Bom 4. Februar 1922.

Für die evangelische Kirche des Konsistorialbezirkes Wiesbaden wird unter Zustimmung der Bezirkssynode verordnet, was folgt:

Wir, die auf Grund des Artikel 82 Abf. 2 der Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 bestimmten drei Minister evangelischen Glaubens verordnen für den Konsistorialbezirk Wiesbaden mit Zustimmung der Bezirkssynode, was folgt:

Artifel I.

§ 1.

Aus den Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit sind zunächst biesenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sahungen der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stelleneinkommens bisher oblagen. Danach sind bei den in der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen aus den Vermögenserträgen die im § 11 Abs. 3 Sat 1 des Pfarrbefoldungsgesehes vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen dis zur Höhe dessenigen laufenden Vetrags zu bestreiten, der dis zum Rechnungsjahre 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Vermögenserträge find mit Wirkung vom 1. April 1920 ab ausschließlich zur Aufbesserung des dem Stelleninhaber disher gesetzlich zustehenden Pfründen-, Regulativ- oder Diensteinkommens (einschließlich von Zuschüssen gemäß §§ 3, 4 des Pfarrbefoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sowie von Mietentschädigungen) dis auf ein solches Einkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach den jeweils geltenden Grundsägen für die landeskirchliche Übergangsversorgung des Pfarrerstandes erreichen soll.

§ 2

Soweit die Erträge des Pfarrstellenvermögens für diese Aufbesserung nicht ausreichen, sind aushilfsweise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des örtlichen Kirchenvermögens heranzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der disherigen Kirchenlasten verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Ausbesserung verpstichtet. Dies gilt auch zugunsten solcher Geistlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alterszulagekasse vom 26. Mai 1909 einen Nießbrauch am Stellenvermögen vorbehalten haben.

Für die unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden findet hinsichtlich der Heranziehung ihrer Kirchenvermögen § 11 Abs. 4 des Pfarrbesoldungsgesehes vom 26. Mai 1909 entsprechende Anwendung.

§ 3.

Die Aufbesserung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres zahlbarer Zuschüsse zu geschehen, beren Festsetzung mit firchenaussischen Genehmigung bem Kirchenvorstand obliegt.

In allen Fällen kann das Konsistorium unter Mitwirkung des Bezirkssynodalausschusses nach Anhörung der Kirchengemeinde und des Kreissynodalvorstandes anordnen, daß ein solcher Zuschuß bis auf weiteres geleistet werde.

Diefe Zuschüffe stellen gesetzliche, aus dem firchlichen Bermögen, gegebenenfalls durch die Rirchensgemeinde zu bestreitende Leistungen bar.

§ 4.

Eine Verwendung der bezeichneten Erträge des Kirchenvermögens zur Verminderung bisher erhobener Kirchensteuern unter deren für das Nechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Betrag ist erst nach Erfüllung der Juschuspflicht aus § 2 zulässig.

§ 5.

Kirchengemeinden, die bei Unzulänglichkeit des Pfarr oder Kirchenvermögens zwecks Bereitsiellung von Zuschüffen im Sinne des § 3 ihre Kirchensteuerbelastung über deren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Umfang hinaus erhöhen, erhalten diese Erhöhung auf die bevorstehende Erhöhung der landeskirchlichen Umlagen angerechnet.

Artifel II.

§ 1.

Soweit die für das Nechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge tes Pfarrstellenvermögens den Deckungsbedarf nach Artikel I § 1 übersteigen, sind sie zu einem Drittel bei der beteiligten Pfarrstelle als Rücklage anzusammeln. Zu einem weiteren Drittel dieses Aberschusses sind sie der beteiligten Kirchengemeinde für allgemeine örtliche firchliche Bedürfnisse zu überweisen, während das letzte Drittel an den Evangelischen Sentralkirchensonds zwecks Unterstützung leistungsunfähiger Pfarrstellen und Gemeinden bei Aufbringung ihrer Pfarrbesoldungslasten abzusühren ist.

§ 2.

Die Festschung bieser Beträge erfolgt burch das Konsistorium nach Anhörung des Stelleninhabers, der Kirchengemeinde und des Kreisspnodalvorstandes. Wegen der Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramt vereinigter Gemeinden sindet § 11 Abs. 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sinnegemäß Anwendung.

\$ 3

Soweit die Erträge eines gemäß § 12 des Pfarrbefoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 dem Stelleninhaber überlassenen Rießbrauchs nach Abzug des Übernahmepreises und etwaiger Werbungskosten unter Zurechnung der sonstigen Dienstbezüge den Deckungsbedarf im Sinne des Artikel I § 1 übersteigen, unterfallen sie gleichfalls der Abgabepslicht nach § 1.

Artifel III.

§ 1.

Unbesetzte oder freiwerdende Pfarrstellen dürfen erst wieder besetzt werden, nachdem das Konsistorium ausdrücklich anerkannt hat, daß sie für die pfarramkliche Bersorgung des beteiligten Pfarrbezirkes unentbehrlich sind. Die Versagung dieses Unerkenntnisses bedarf ber Zustimmung des Bezirkssynodalausschusses und der vorherigen Anhörung der Kirchengemeinden und des Kreisspynodalvorstandes.

§ 2.

Die Geistlichen sind verpflichtet, sich Zuweisungen benachbarter Pfarrbezirke oder der Amtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Kirchengemeinde ohne besondere Vergütungen gefallen zu lassen. Bei dauernden Zuweisungen kann ihnen innerhalb ihres bisherigen oder entsprechend erweiterten Pfarrbezirkes ein anderer geeigneter Amtssitz angewiesen werden, sofern die Verlegung im Interesse einer günstigeren Verwaltung des neuen Pfarrbezirkes notwendig ist.

\$ 3

Das Einkommen nach Entscheidung des Konsistoriums (§ 1) unbesetzt bleibender Psarrstellen ist nach Bestreitung der ihnen obliegenden gesetzlichen Leistungen in erster Linie zur Besoldung etwaiger Psarrhilfsoder ersahfräfte, sodann zur Deckung der sie Berrichtung der Psarramtsgeschäfte neu ersorderlich werdenden Juhrkosten und danach zur Ausbesserung der Besoldung des das erledigte Psarramt bzw. die erledigte Psarrstelle verwaltenden Geistlichen gemäß Artisel I zu verwenden. Nach den gleichen Grundsähen ist der Parochialregelungen zwecks Aushebung oder dauernder Berbindung von Psarrstellen zu versahren, mit der Maßgabe, daß letzteren Falles die nach Deckung der Kosten etwaiger Psarrhilfs, oder ersahfräfte sowie etwaiger Inhrstoften verbleibenden Einkommensteile das gemeinsame Stelleneinkommen zu bilden haben.

Der Reinerlös aus der Nutung der Pfarrhaus- und Gartengrundstücke unbesetzt bleibender Pfarrstellen fällt der Kirchenkasse der beteiligten Gemeinde zu und ist in erster Linie für die Sicherung der Pfarrbaulast

zu verwenden.

Artifel IV.

Die zur Ausführung biefer Derordnung erforderlichen Borschriften werben durch das Konsistorium unter Mitwirfung des Bezirksspinodalausschusses erlassen.

Artifel V.

Dieses Kirchengesetzt witt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Berlin, am 4. Februar 1922.

Die mit der vorläufigen Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten Staatsminister.

Gebering.

v. Richter.

Wendorff.

Anlage 6.

Notverordnung

zur vollen Ausnuhung des kirchlichen Bermögens für die Vedürfnisse der Pfarrbesoldung. Vom 4. Februar 1922.

Unf Grund des § 76 Mr. 1 der Kirchengemeindes und Synodalordnung vom 12. April 1882 wird, nachdem der Gesamtsynodalausschuß sowohl die Unausschlichkeit anerkannt als auch dem Inhalte dieses Erlasses zugestimmt hat, dis zur demnächstigen gesehlichen Gesamtregelung des Pfarrversorgungswesens für die evangelisch-resormierte Kirche der Provinz Hannover verordnet, was folgt:

Artifel I.

§ 1.

Aus den Erträgen des Pfarrstellenvermögens für das Nechnungsjahr 1920 und die Folgezeit sind zunächst diejenigen Leistungen im Sinne des § 28 der Sahungen der Alterszulagekasse für evangelische Geistliche vom 26. Mai 1909 zu decken, welche diesen Teilen des Stelleneinkommens bisher oblagen. Danach sind bei den in der Alterszulagekasse versicherten Pfarrstellen aus den Vermögenserträgen die im § 11 Abs. 3 Sah 1 des Pfarrbesoldungsgesehes vom 26. Mai 1909 bezeichneten Leistungen die zur Höhe dessenigen laufenden Betrags zu bestreiten, der die zum Rechnungsjahre 1920 aus ihnen gedeckt wurde.

Die hiernach noch verbleibenden Vermögenserträge sind mit Wirfung vom 1. April 1920 ab ausschließlich zur Aufbesserung des dem Stelleninhaber bisher gesetzlich zustehenden Pfründen-, Regulativ- oder Diensteinkommens (einschließlich von Zuschässer gemäß §§ 3, 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 sowie von Mietentschäftigungen) dis auf ein solches Einkommen zu verwenden, wie der Geistliche es nach den jeweils geltenden Erundsätzen für die landeskirchliche Ubergangsversorgung des Pfarrerstandes erreichen soll.

\$ 2.

Soweit die Erträge des Pfarrstellenvermögens für diese Ausbesserung nicht ausreichen, sind aushilfsweise die für das Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge des örtlichen Kirchenvermögens heranzuziehen, soweit diese nicht zur Deckung der bisherigen Kirchenlassen verwendet werden. Im übrigen ist die Kirchengemeinde zu dieser Aufbesserung verpflichtet. Dies gilt auch zugunften solcher Geiftlichen, deren Pfarrstelle nicht bei der Alkerkzulagekasse versichert ist oder die sich gemäß § 12 des Pfarrbefoldungsgefebes vom 26. Mai 1909 einen Riegbrauch am Stellenvermogen vorbehalten haben.

Kur die unter einem Pfarramte vereinigten Gemeinden findet hinsichtlich der Feranziehung ihrer Kirchenvermögen § 11 Abs. 4 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 entsprechende Unwendung.

§ 3.

Die Aufbefferung nach §§ 1, 2 hat in Form bis auf weiteres gahlbarer Bufchuffe zu geschehen, beren Restsehung mit firchenaufsichtlicher Genehmigung dem Kirchenrat obliegt.

In allen Fällen kann bas Konfistorium in Gemeinschaft mit bem Gesamtspuodalausschuß nach Anhörung ber Rirchengemeinde und bes Begirksfynodalborftandes anordnen, daß ein folcher Bufchug bis auf weiteres geleistet werde.

Diese Buschüffe stellen gefetzliche, aus bem firchlichen Bermögen, gegebenenfalls burch bie Rirchengemeinde zu bestreitende Leiftungen bar.

and the \$ 4.50 miles to the state of the

Gine Berwendung der bezeichneten Extrage des Kirchenvermögens zur Berminderung bisher erhobener Kirchensteuern unter beren für das Rechnungsjahr 1920 planmäßig vorgesehenen Betrag ift erft nach Erfüllung ber Zuschufpflicht aus § 2 zulässig.

\$ 5.

Rirchengemeinden, die bei Ungulänglichkeit bes Pfarr ober Rirchenvermögens zwecks Bereitstellung von Buschüffen im Sinne bes § 3 ihre Rirchenfteuerbelaftung über beren fur das Rechnungsjahr 1920 planmaßig vorgesehenen Umfang hinaus erhöhen, tann auf Antrag biese Erhöhung auf die bevorstebende Erhöhung der landesfirchlichen Umlagen gang ober teilweise angerechnet werben. Aber den Antrag beschließt das Konsistorium in Gemeinschaft mit dem Gefamtspnodalausschuß endgultig.

Artifel II.

\$ 1.

Soweit die für bas Rechnungsjahr 1920 und die Folgezeit einkommenden Erträge bes Pfarrstellenbermögens den Deckungsbedarf nach Artitel I § 1 übersteigen, find sie zu einem Drittel bei der beteiligten Pfarrstelle als Rucklage anzusammeln. Bu einem weiteren Drittel biefes Uberschusses sind fie ber beteiligten Rirchengemeinde für allgemeine ortliche firchliche Bedürfniffe zu überweifen, mahrend bas lette Drittel an ben landesfirchlichen Silfsfonds zwecks Unterftutung leiftungsunfähiger Pfarrstellen und Gemeinden bei Aufbringung ihrer Pfarrbefoldungslaften abzuführen ift.

Die Festsehung bieser Beträge erfolgt burch bas Konsistorium nach Anhörung bes Stelleninhabers, ber Kirchengemeinde und bes Bezirksfynodalvorstandes. Wegen ber Anteilsberechtigung mehrerer unter einem Pfarramte vereinigter Gemeinden findet § 11 Abf. 4 bes Pfarrbefoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 finngemäße Anwendung.

Soweit die Erträge eines gemäß § 12 des Pfarrbefoldungsgesetzes vom 26. Mai 1909 dem Stelleninhaber überlassenen Rießbrauchs nach Abzug des Abernahmepreises und etwaiger Werbungskoften unter Surechnung der fonstigen Dienstbezüge ben Deckungsbedarf im Ginne bes Artifel 1 § I überfteigen, unterfallen sie gleichfalls der Abgabepflicht nach § 1.

\$ 4.

Die im § 10 Abf. 3 bis 5 der Ruhegehaltsordnung vom 26. Mai 1909 vorgefehenen Leiftungen bleiben seit dem 1. April 1920 außer Sebung.

Artifel III.

\$ 1.

Unbesetzte oder freiwerdende Pfarrstellen dürsen erst wieder besetzt werden, nachdem das Konsistorium ausdrücklich anerkannt hat, daß sie für die pfarramtliche Versorgung des beteiligten Pfarrbezirkes unentbehrlich sind. Die Versagung dieses Anerkenntnisses bedarf der Zustimmung des Gesamtschnodalausschusses.

§ 2.

Die Geistlichen sind verpflichtet, sich Zuweisungen benachbarter Pfarrbezirke ober der Amtsgeschäfte anderer Pfarrstellen ihrer Kirchengemeinde ohne besondere Vergütungen gefallen zu lassen. Bei dauernden Zuweisungen kann ihnen innerhalb ihres bisherigen oder entsprechend erweiterten Pfarrbezirks ein anderer geeigneter Amtssitz angewiesen werden, sosern die Verlegung im Interesse einer günstigeren Verwaltung des neuen Pfarrbezirks notwendig ist.

§ 3.

Das Einkommen unbesetzter Pfarrstellen ist nach Bestreitung der ihnen obliegenden gesetzlichen Leistungen in erster Linie zur Besoldung etwaiger Pfarrhilfs- oder ersatzfräfte, sodann zur Deckung der für die Berrichtung der Pfarramtsgeschäfte neu ersorderlich werdenden Fuhrkosten und danach zur Ausbesserung der Besoldung des das erledigte Pfarramt dzw. die erledigte Pfarrstelle verwaltenden Geistlichen gemäß Artisel I zu verwenden. Nach den gleichen Grundsähen ist dei Parochialregelungen zwecks Aushebung oder dauernder Verbindung von Pfarrstellen zu versahren, mit der Maßgabe, daß lehteren Falles die nach Deckung der Kosten etwaiger Pfarrhilfs- oder ersatzsiele das gemeinsame Stelleneinkommen zu bilden haben.

Der Reinerlös aus der Nutzung der Pfarrhaus- und Gartengrundstücke unbesetzt bleibender Pfarrstellen fällt der Kirchenkasse der beteiligten Gemeinde zu und ist in erster Linie für die Sicherung der Pfarrbaulast zu verwenden.

Artifel IV.

Die zur Ausführung dieser Berordnung erforderlichen Vorschriften werden durch das Konsistorium in Gemeinschaft mit dem Gesamtspnodalausschusse erlassen.

Artifel V.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Berlin, am 4. Februar 1922.

Die mit der vorläufigen Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten Staatsminister.

Severing. v. Richter. Wendorff.

(Rr. 12301.) Geseh über die Erhöhung der Katafter-Fortschreibungsgebühren. Bom 14. Juni 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

§ 1.

Für die katasteramtliche Fortschreibung derjenigen Liegenschaften und Gebäude, in deren Eigentumsverhältnis ein Wechsel eintritt, haben die Erwerber eine Fortschreibungsgebühr zur Staatskasse zu entrichten. Die Gebührensähe werden durch den Finanzminister in der Höhe festgesetzt, daß sie Kosten der Fortschreibung decken.

\$ 2.

Eine Fortschreibungsgebühr wird nicht erhoben:

- 1. wenn der Eigentumer im Grundbuche gebührenfrei eingetragen wird;
- 2. wenn die Fortschreibung aus Anlag ber Beräußerung ber nicht im Grundbuch eingetragenen Liegenschaften und Gebäude stattsindet.

§ 3.

Die entgegenstehenden Bestimmungen im § 38 Abs. 1 des Gesehes vom 8. Februar 1867, betreffend die desinitive Unterverteilung und Erhebung der Grundsteuer in den sechs östlichen Provinzen des Staates (Gesehsamml. S. 185), im § 5 der Verordnung vom 12. Dezember 1864, betreffend die Fesstellung und Unterverteilung der Grundsteuer in den beiden westlichen Provinzen (Gesehsamml. S. 683), und im § 18 des Gesehses vom 21. Mai 1861, betreffend die Einsührung einer allgemeinen Gebäudesteuer (Gesehsamml. S. 317), werden aufgehoben.

§ 4.

Dieses Geset hat keine Geltung für die Insel Helgoland.

§ 5.

Mit der Ausführung des Gesetzes ist der Finanzminister beauftragt.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkundet. Die versassungs, mäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, ben 14. Juni 1922.

(Ciegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Braun. v. Richter.

(Rr. 12302.) Geseth, betreffend die vorläufige Regelung der kommunalen Berhältniffe der Kreise Merzig und St. Wendel. Bom 20. Juni 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

§ 1.

Mit Nücksicht auf die in dem Friedensverlrag übernommene Verpflichtung des Reichs und bes Landes Preußen, vorübergehend auf die Regierung des Saargebiets zu verzichten, wird folgende einstweilige Regelung getroffen:

§ 2.

Bis zur Wiederherstellung der preußischen Regierungsgewalt über die zum Saargebiete gehörigen Teile der Kreise Merzig und St. Wendel gelten die unter preußischer Verwaltung verbliebenen Restfreise Merzig und St. Wendel als Kreise im Sinne der Kreisordnung für die Rheinprovinz und der sonstigen gesehlichen Vorschriften. An die Stelle des Landrats tritt der Kreisordnuster.

§ 3

Für denselben Zeitraum wird die Landgemeinde Britten des Neststreises Merzig der Landbürgermeisterei Losheim zugeteilt.

18 § 4. In appropriation

Von der gemäß § 97 der Kreisordnung für die Rheinprovinz auf die ungeteilten Kreise entfallenden Jahresrente ist von dem Landeshauptmann gemäß dem im § 97 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vorgesehenen Verteilungsmaßstad ein entsprechender Betrag für die Resttreise sestzusehen und zur Verteilung zu bringen.

Der auf die zur Zeit unter nichtpreußischer Verwaltung stehenden Kreisteile entfallende Anteil an der Jahresrente ist bei der Landesbank der Rheinprovinz zinsbar anzulegen. Die Jahresbeträge und Zinsen werden nach Wiederherstellung der preußischen Regierungsgewalt den Kreisen Merzig

und St. Wendel ausgezahlt werben.

§ 5.

Dieses Geseth tritt mit dem Tage seiner Verkundung in Kraft und hat rückwirkende Geltung vom 10. Januar 1920 ab.

§ 6.

Mit der Ausführung des Gesetzes wird ber Minister des Innern beauftragt.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, ben 20. Juni 1922.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

Severing.

Medigiert im Buro des Staatsministeriums. — Berlin, gedruckt in der Reichsbruckerei. Der Bezugspreis für die Preußische Gesehsammlung ist auf 40 Mark jährlich einschließlich der gesehlichen Zeitungsgebühr festa sein. Der Preis für einzelne Stücke beträgt 1 Mark 20 Pjennig für den Bogen, für die Handtjachverzeichnisse 1806 bis 1883 50 Mark und 1884 bis 1913 26 Mark. Bestellungen sind an die Postanstalten zu richten.